

SPD-Kreistagsfraktion
Altenhaßlauer Straße 21
63571 Gelnhausen

Bündnis 90/Die Grünen
Schützenstr. 33
63450 Hanau

Freie Wähler
Weinbergring 41
63505 Langenselbold

An den
Vorsitzenden des Kreistages
des Main-Kinzig-Kreises
Herrn Rainer Krätschmer
Barbarossastraße 16 - 24

63571 Gelnhausen

01. August 2011

Der Kreistag des Main-Kinzig-Kreises wehrt sich gegen Fluglärm

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

die Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Freie Wähler stellen zur Kreistagssitzung am 26.08.2011 folgenden Antrag:

Beschlussvorschlag:

Der Main-Kinzig-Kreis unterstützt die „Rodenbacher Erklärung“ der Interessengemeinschaft Fluglärm Hanau – Kinzigtal und fordert alle Kommunen im Kreis auf, der Klagegemeinschaft bzw. der Solidargemeinschaft gegen Fluglärm (wieder) beizutreten.

Die Belastungen der Menschen im Main-Kinzig-Kreis durch immer stärker zunehmenden Fluglärm hat ein unerträgliches Ausmaß angenommen. Die berechtigten Proteste in vielen Kommunen der Region nehmen permanent zu. Die Menschen im Main-Kinzig-Kreis haben ein Recht auf Ruhe und nehmen die ansteigende Belastung durch Fluglärm in der Region nicht länger hin. Deshalb fordern wir erneut, die mit dem Beschluss des Kreistages des Main-Kinzig-Kreises aus dem Jahr 2002 gestellten Bedingungen zu erfüllen:

- **Nachtflugverbot**
die Anordnung eines generellen Nachtflugverbotes von 22.00 Uhr bis 6.00 Uhr (mindestens jedoch in der Zeit zwischen 23.00 und 5.00 Uhr wie im Mediationsergebnis festgeschrieben)
- **Änderung des Anflugverfahrens**
die generelle Anordnung lärmmindernder Anflugverfahren wie des kontinuierlichen Gleitfluges („continuous descending approach“) für alle Anflüge. Hierfür sind die personellen und technischen Voraussetzungen zu schaffen
- **Lärmobergrenze**
Festlegung einer verbindlichen Lärmobergrenze auch für die Zeit nach Inbetriebnahme der neuen Landebahn am 20. Oktober 2011 (mindestens gesetzliche Grenzwerte)

Darüber hinaus fordert der Main-Kinzig-Kreis die

- **Anhebung der Mindestflughöhe**
die Wiederanhebung und Festlegung der Mindestflughöhe durch das Bundesaufsichtsamt für Flugsicherung auf 1700 Meter
- **Prüfung der neuen Flugrouten**
die neuen Flugrouten sind einer kritischen Prüfung zu unterziehen, da sie für den Main-Kinzig-Kreis erhebliche Mehrbelastungen an Fluglärm bedeuten

Es muss eine vernünftige Balance gefunden werden zwischen der Wirtschaftlichkeit einerseits und dem Schutz der hier lebenden Menschen und der Umwelt andererseits. Allen Vereinbarungen zum Trotz, enthält die Genehmigung des Ausbauvorhabens nicht die seitens der Hessischen Landesregierung nach Abschluss des Mediationsverfahrens zugesagten Schutzregelungen zur Abwehr von starker Belästigung und Gesundheitsgefahren durch Fluglärm. Damit lassen sich, entgegen der erklärten Absicht des hessischen Landtages, erhebliche Belästigung und ggf. gesundheitliche Folgewirkungen nicht erfolgreich verhindern.

Das stets als ‚untrennbar mit dem Ausbau verbundene‘ Nachtflugverbot wurde von der hessischen Landesregierung aufgegeben. Eine verlässliche Eingrenzung des Fluglärms wurde ebenso wenig erreicht, weil es im Planfeststellungsbeschluss versäumt wurde, eine belastbare Lärmobergrenze festzuschreiben.

Der Main-Kinzig-Kreis fordert daher die Bundes- und Landesregierung, die Flughafenbetreiberin, die Deutsche Flugsicherung und die sonstigen Akteure auf Seiten der Luftverkehrswirtschaft dazu auf, endlich konsequent die kommunalen Interessenlagen im fluglärmbelasteten Umfeld des Airports zu berücksichtigen.

Begründung:

Erfolgt mündlich



Klaus Schejna
Fraktionsvorsitzender

Reiner Bousonville
Fraktionsvorsitzender



Jürgen Heim
Fraktionsvorsitzender



f.d.R. Karin Bechtold
Fraktionsgeschäftsführerin

f.d.R. Christina Schmidt
Fraktionsgeschäftsführerin